



MAG. WILHELM MOLTERER  
BUNDESMINISTER  
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

XIX. GP.-NR

293

/AB

1995 -02- 22

Wien, am 1995 02 19

Z1.10.930/150-IA10/94

zu

286

AB

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR

Jakob Auer und Kollegen vom 22. Dezember 1994,  
Nr. 286/J, betreffend Erneuerung einer  
Ufermauer des Bundes in der Gemeinde Attersee

An den

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Dr. Heinz Fischer

Parlament

1017 W i e n

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene - schriftliche Anfrage der Abgeordneten Jakob Auer und Kollegen vom 22. Dezember 1994, Nr. 286/J, betreffend Erneuerung einer Ufermauer des Bundes in der Gemeinde Attersee, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu den Fragen 1 bis 4:

Der Sachverhalt betreffend die schadhafte Ufermauer auf dem öffentlichen Wassergut des Attersees (Gst.Nr. 807/1, KG Attersee) wurde in den "Oberösterreichischen Nachrichten" vom 20. Juni 1994 teilweise nicht richtig dargestellt. In diesem Artikel wird der Eindruck erweckt, daß das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft für die Erhaltung der gegenständlichen Ufermauer zuständig sei. Das ist nicht richtig.

Nach dem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes (14. Dezember 1993, Z1. 93/07/0118) gab es für die von der Gemeinde Attersee

- 2 -

errichtete Ufermauer keinen wasserrechtlichen Konsens, da die Ufermauer nicht auf einer aus dem öffentlichen Wassergut ausgeschiedenen Fläche hergestellt wurde. Die Bewilligung vom 9. November 1960 wurde aber nur dafür erteilt. Die gegenständliche Ufermauer ist daher als eigenmächtige Neuerung im Sinne des § 138 Abs. 1 lit. a WRG 1959 zu betrachten. Die Gemeinde Attersee ist daher nicht Wasserberechtigte und kann unter diesem Titel nicht zur Instandhaltung bzw. Instandsetzung der Mauer verhalten werden. Die Wasserrechtsbehörde ist daher nur zur Erlassung eines wasserpolizeilichen Auftrages, mit dem die Beseitigung der vorgenommenen Neuerungen angeordnet wird, ermächtigt.

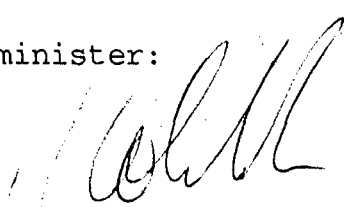
Inzwischen hat die Oberste Wasserrechtsbehörde der Gemeinde Attersee aufgetragen, die gegenständliche Ufermauer bis längstens 30. Juni 1995 zu entfernen.

Zu Frage 5:

Dieser Vorschlag wurde bereits mehrmals an das Bundesministerium für Finanzen herangetragen, das jedoch diese Zweckbindung unter dem Hinweis auf das Prinzip der Gesamtbedeckungsgrundsatzes in der Vollziehung des Haushaltsrechtes des Bundes abgelehnt hat.

Beilage

Der Bundesminister:



## BEILAGE

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher aufgrund des Zeitungsartikels in der Tageszeitung "Oberösterreichischen Nachrichten" an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft folgende

### **A n f r a g e :**

- 1) Wie steht das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zu einer Reparatur der Ufermauer?
- 2) Wird das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft die Kosten für eine Sanierung der Ufermauer übernehmen?
- 3) Wie gestalten sich in Ihrem Ministerium die budgetären Möglichkeiten, die oben genannte Ufermauer in der Gemeinde Attersee zu erneuern?
- 4) Wann soll mit einer Renovierung begonnen werden beziehungsweise wann wird diese beendet sein?
- 5) Wie beurteilen Sie den Vorschlag, Pachteinahmen des Bundes zweckgebunden in die Region zurückfließen zu lassen? Wann könnte dies bereits erfolgen?